Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Neuausrichtung der Pendlerpauschale, Maßnahmen zur Gewinnung neuer Lehrkräfte, Zusatzangebote im Bereich der Verkehrsplanung – auch in der vergangenen Woche standen



wieder viele spannende Themen auf unserer Agenda. Ein besonderes Highlight war unser Jugendempfang im CinemaxX in Regensburg. Hier standen die gesellschaftlichen Bedürfnisse, politischen Interessen und kreativen Ideen junger Menschen im Vordergrund. Denn sie wünschen sich völlig zu Recht, von der Politik gesehen zu werden und stärker partizipieren zu können. Daher haben wir FREIE WÄHLER im Landtag es uns zur Aufgabe gemacht, ihnen endlich Gehör zu verschaffen. Welche weiteren Themen wir in der verganenen Woche vorangebracht haben, lesen Sie auf den folgenden Seiten.



Von links nach rechts: Tobias Gotthardt, Dr. Fabian Mehring, Matthias Fack, Landrätin Tanja Schweiger und Bernhard Pohl beim Jugendempfang in Regensburg. Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Rückblick

NEUES AUS UNTERFRANKEN

Staatssekretärin Anna Stolz zu Besuch bei den Freien Wählern in Thüngen

Zu einem Meinungsaustausch und informellen Treffen hatten die Freien Wähler des Marktes Thüngen Staatssekretärin Anna Stolz in den Renaissance-Saal des Burgsinner Schlosses von Hanskarl von Thüngen eingeladen.

Die Marktgemeinderäte Wolfgang Heß, Kathrin Schilling und Patrick Druschel informierten die Landtagsabgeordnete über den Stand der Schulsanierung, den Raumbedarf der KiTa, zum Sanierungsbedarf weiterer Einrichtungen in der Gemeinde und über die sehr angespannte finanzielle Situation.

Kritisiert wurde von den FW-Marktgemeinderäten die aktuelle Planung zur B26n, die zwar eine durchgehende Planung bis Karlstadt vorsieht, der Bau aber in zwei Abschnitten realisiert werden soll. Dies würde bedeuten, dass der Transitverkehr, der im ersten Abschnitt über die B 26n um Arnstein herumgeführt wird, auf der Höhe Müdesheim auf die alte B 26 zurückkehrt. Die Thüngener fordern mit Nachdruck den Bau von Werneck bis Karlstadt in einem Bauabschnitt.

Große Sorge bereiten auch die hohen Belastungen der Unternehmen und Bürger durch Corona und die Energiekrise. Die Versorgung von Unternehmen mit Strom und Gas müsse höchste Priorität haben, auch wenn es sich dabei um Energieformen handelt, die man eigentlich nicht mehr will, wie den begrenzten Weiterbetrieb der letzten Atommeiler.

"Arbeit muss sich wieder mehr lohnen", darüber waren sich alle einig. Ein angemessener Mindestlohn kann ein gutes Werkzeug für wertschätzende

Arbeit sein. Das pauschale Bürgergeld der Bundesregierung dagegen wurde sehr kritisch gesehen. Wichtiger wäre es, Bürger aber auch Flüchtlinge in eine Beschäftigung zu führen, damit der Arbeitskräftemangel und die hohen soziale Ausgaben eingegrenzt werden. Zum Ausgleich der hohen Energiekosten ist eine spürbare Erhöhung der Pendlerpauschale für Arbeitnehmer notwendig. Staatssekretärin Anna Stolz ergänzte: "Das 49-Euro-Ticket mag für die Ballungsräume taugen, im ländlichen Raum, wie z. B. im Landkreis Main-Spessart ist der ÖPNV dafür nicht annähernd genug ausgebaut und getaktet."

Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Situation der Schulen im ländlichen Raum und hier vor allem der Erhalt der kleinen Schulstandorte. Dazu stellte Staatssekretärin Anna Stolz fest: "Schulstandorte sind für kleine Gemeinden und auch Stadtteile ein wichtiger Faktor für den Erhalt gemeindlicher Strukturen und den Bezug zu den Firmen und Betrieben, die händeringend nach Lehrlingen suchen!" In diesem Zusammenhang freute sie sich auch, dass der Koalitionspartner endlich die langjährige Forderung der Freien Wähler nach gleicher Eingangsbesoldung von A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer übernommen hat!



Patrick Druschel, Kathrin Schilling, MdL Anna Stolz, Wolfgang Heß und Hanskarl von Thüngen (von links) trafen sich zu einem informellen Austausch im Renaissance-Saal des Burgsinner Schlosses in Thüngen. (Foto: Abgeordnetenbüro Anna Stolz; Paul Kruck)

Hanskarl von Thüngen sprach schließ-lich die Ausweitung und Art der Festlegung der sog. "Roten Gebiete" für das Grundwasser an, die zusätzlichen Aufwand und drastisch reduzierte Düngung vorschrei-

ben. Das würde das allseits anerkannte Modell-Projekt "Grundwasserschutz im Werntal", in dem seit Jahren reduzierte und angepasste Düngung verbindlich vereinbart ist, gefährden und die Bearbeitung der Felder unwirtschaftlich machen. Frau Staatssekretärin Stolz sagte hierzu ein vermittelndes Gespräch mit Umweltminister Thorsten Glauber zu.

Bayernkoalition liefert: Kommunaler Finanzausgleich 2023 auf Rekordniveau

Staatssekretärin Anna Stolz begrüßt solide Finanzierungsgrundlage für Kommunen

KARLSTADT/MÜNCHEN. "Der schändliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die damit verbundene Energiekrise sowie die explodierende Inflation, die vor allem auf dem Versagen der Bundesregierung beruht, haben auch Bayerns Kommunen hart getroffen – deshalb ist für sie die Höhe des kommunalen Finanzausgleichs im kommenden Jahr von größter Bedeutung." So kommentiert Anna Stolz, Staatssekretärin und Landtagsabgeordnete der FREIEN WÄHLER, das Rekordniveau des kürzlich bekanntgewordenen kommunalen Finanzausgleichs für 2023: "Mit einem Plus von 765 Millionen Euro, 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr, hält sich der Finanzausgleich mit insgesamt mehr als 11,3 Milliarden Euro auch im kommenden Jahr auf dem Rekordniveau der vergangenen Jahre. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bayerischen Landtag beträgt dabei der Haushaltsansatz für die Schlüsselzuweisungen nächstes Jahr 4,3 Milliarden Euro undsteigt damit um rund 267 Millionen Euro gegenüber 2022. Bayerns Städte, Landkreise und Gemeinden können die Mittel aus den Schlüsselzuweisungen frei im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung verwenden."

Ein besonderer Schwerpunkt liege 2023 auf Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas). So würden die Fördermittel für die kommunale Wasserinfrastruktur um 60 Millionen Euro bzw. 67 Prozent auf 150 Millionen Euro erhöht, rechnet Stolz vor: "Dies stärkt die kommunale Eigenverantwortung und Selbstverwaltung. Die FREIE WÄH-

LER-Fraktion begrüßt, dass der Freistaat wichtige Ausgaben auch in finanziell schwierigen Zeiten kraftvoll leistet, denn nur so wird die kommunale Selbstverwaltung auch in der Krise gestärkt", sagt Stolz

Hervorzuheben sei, dass der Freistaat damit nahtlos an die massive Unterstützung der Kommunen der vergangenen Corona-Pandemie-Jahre anknüpfe, betont die Staatssekretärin. "Das untermauert die kommunalfreundliche Haltung unserer Bayernkoalition. Denn ein erfolgreicher Freistaat benötigt starke Städte, Landkreise und Gemeinden", so Stolz abschließend.

NEUES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

"Gelebte Demokratie kennt kein Alter" - Beim Schulversuch "MIT!" können Schülerinnen und Schüler das Schulleben demokratisch mitgestalten

Kultusstaatssekretärin Anna Stolz bei Klassensprecherversammlung in Marktheidenfelder Grundschule

MÜNCHEN/MARKTHEIDENFELD. Wer etwas bewirken will, der muss sich einbringen: Das gilt für die Politik genauso wie in allen Bereichen der Gesellschaft. Demokratische Prozesse beginnen dabei schon früh – in Bayern bereits in der Grundschule. Im Schulversuch `Mitdenken! Mitreden! Mitgestalten! – SMV an Grundschulen` (kurz `MIT) lernen die bayerischen Grundschülerinnen und Grundschüler bereits in frühen Jahren, dass es sich lohnt, für das eigene Anliegen einzustehen, eine Vertreterin/einen Vertreter zu ermitteln oder sich sogar selbst bei einer Wahl aufstellen zu lassen.

Eine der 29 Schulen, die an diesem Modellversuch teilnehmen, ist die Grundschule Marktheidenfeld, die Kultusstaatssekretärin Anna Stolz heute besuchte. Bei einer Klassensprecherversammlung überzeugte sich die Staatssekretärin davon, wie gut die demokratischen Prozesse nach einem

Jahr Modellversuch bereits gelingen. An die Schülerinnen und Schüler gewandt betonte sie: "Schule ist ein Ort zum Lernen und zum Leben. Wer sich an seiner Schule wohlfühlt, kann auch gut lernen. Und wir alle fühlen uns dort besonders wohl, wo wir auch mitbestimmen können. Gelebte Demokratie kennt kein Alter. Deshalb ist es wichtig, dass Ihr in der Klasse und an der Schule gemeinsam mit Euren Mitschülerinnen und Mitschülern wichtige Themen besprecht und anstehende Fragen."

Derzeit nehmen 30 Grundschulen an dem Modellprojekt teil, in dem die Schülermitverantwortung (SMV), die sonst erst an weiterführenden Schulen besteht, bereits das (Grund-)Schulleben mitbestimmen kann.

Begonnen hat der auf drei Jahre angelegte Schulversuch im Septem-20201/2022. ber Für Anna Stolz ein Projekt, das im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen

kann: "Demokra-



v.l.: Thomas Stamm Bürgermeister der Stadt Marktheidenfeld, Stefanie Schorr (stellv. Schulleitung), Karin Auth (Schulamtsdirektorin Main-Spessart), Kultusstaatssekretärin Anna Stolz, Andrea Dürr (Rektorin der tie beginnt nicht Grundschule), Karina Schwackenhofer (stellv. Vorsitzende des Elternbeirates) (Quelle: Friedrich-Fleischmann-Grundschule)

erst mit dem Gang zur Wahlurne bei Kommunal- oder Landtagswahlen. Demokratie beginnt bei Klassensprecher-, bzw. Schülersprecherwahlen, beim Erarbeiten von gemeinsamen Regeln oder auch beim aktiven Eintreten gegen Mobbing. Das hier gezeigte Engagement finde ich wirklich großartig und ich möchte mich auch bei den Lehrkräften ganz herzlich für ihre Unterstützung bedanken: Sie erziehen Ihre Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsbewussten Persönlichkeiten und mündigen Bürgern. Das ist ein großartiger Beitrag zur Werte- und Demokratieerziehung und gerade in den heutigen Zeiten wichtiger denn je."

Wertebildung an bayerischen Schulen: "Der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält"

Bayerische Lehrerinnen und Lehrer tauschen sich auf Fachtagung zur Wertebildung im Freistaat aus – Kultusstaatssekretärin Anna Stolz: "Werte halten Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammen."



Kultusstaatssekretärin Anna Stolz zu Besuch an der ALP Dillingen (Quelle: StMUK)

MÜNCHEN/DILLINGEN.
Ob Corona- oder Energiekrise, Klimawandel oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: Die Welt verändert sich und gerade junge Menschen suchen mehr denn je nach Halt und Orientierung. "Ge-

teilte und gelebte Werte sind der Kitt in unserer Gesellschaft. Den Schulen kommt dabei auch nach der bayerischen Verfassung eine wesentliche Rolle zu, denn sie haben den Auftrag, Herz und Charakter zu bilden", sagt Kultusstaatssekretärin Anna Stolz. Wertebildung gelingt dann, wenn sie von der ganzen Schulfamilie gelebt wird. Bereits seit 14 Jahren unterstützen die Wertemultiplikatorinnen und -multiplikatoren die Schulen bei der Wertebildung. Anna Stolz dankt den "Wertemultis" für ihren großartigen Einsatz: "Wertebildung ist immer auch Persönlichkeitsbildung. Bei diesem wichtigen Entwicklungsprozess unterstützen Sie Ihre Schülerinnen und Schüler. Sie machen Tag für Tag Werte erlebbar: im Unterricht, bei Projekten und im Schulleben. Herzlichen Dank dafür!"

Jährliche Tagung in Dillingen

Um diese Hochachtung vor der geleisteten Arbeit auch persönlich zu übermitteln, ist Staatssekretärin Stolz heute nach Dillingen gekommen, wo die bayerischen Wertemultiplikatorinnen und -multiplikatoren gerade zu ihrer

jährlichen Tagung zusammenkommen. Das Treffen widmet sich dem Thema Demokratieerziehung: Ein Leitthema, das mit Blick auf das Weltgeschehen kaum aktueller sein könnte. Und so betont die Staatssekretärin: "Unsere junge Generation ist engagiert, bringt sich ein und will die Zukunft mitgestalten: beim Klima- und Umweltschutz ebenso wie bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter. Sie steht für Toleranz und ein vorurteilsfreies Miteinander. Das ist toll! Doch gleichzeitig sehen wir täglich in den Nachrichten: Demokratie ist kein Selbstläufer. Demokratie muss immer wieder aufs Neue gestärkt und verteidigt werden. Und dazu gehört eben auch das Wissen um die eigenen Werte und die Auseinandersetzung mit den Werten der Anderen."

Die Wertemultiplikatorinnen und -multiplikatoren an bayerischen Schulen

Die Wertemultiplikatorinnen und -multiplikatoren gibt es seit 2008. Aktuell sind in Bayern über 100 Lehrerinnen und Lehrer als "Wertemultis" aktiv. Sie unterstützen die Schulen durch Vorträge und Fortbildungsangebote zur Wertebildung, regen Wertevereinbarungen und Schulverfassungen an und unterstützen die Schulleitungen bei der werteorientierten Führung.



Kultusstaatssekretärin Anna Stolz mit den Wertemultiplikatorinnen und -multiplikatoren (Quelle: StMUK)

NEUES AUS DEM LANDTAG

Neuausrichtung der Pendlerpauschale: Mobilität unabhängig von Wohnort und Verkehrsmittel gewährleisten

Dringlichkeitsantrag zur Neuausrichtung der Pendlerpauschale: Wir als

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben den Bund zum Plenum am vergangenen Donnerstag aufgefordert, von den bisher starren Regelungen – etwa 30 bzw. 38 Cent pro Kilometer – Abstand zu nehmen. **Stattdessen möchten wir die Höhe**



der pro Kilometer ansetzbaren Beträge preisindexiert gestalten.

Eine solche Neuregelung ist angesichts der aktuell extrem stark schwankenden Spritpreise unumgänglich. Künftig soll die Pendlerpauschale daher entsprechend der prozentualen Veränderung realistischer Indikatoren angepasst werden. Bei Personen, die mehr als 21 Kilometer vom Arbeitsort entfernt wohnen, können für den einfachen Weg pro Arbeitstag aktuell 38 Cent pro Kilometer angesetzt werden – und das rückwirkend zum 1. Januar 2022. Für kürzere Arbeitswege können momentan 30 Cent pro Kilometer angesetzt werden. Diese Werte sind statisch im Einkommensteuergesetz vorgegeben. Ziel unseres Antrags ist eine agile und dynamische Anpassung, um gerade auch Beschäftigte im ländlichen Raum Bayerns zu entlasten. Sie sind oft zwingend auf das Pendeln mit dem privaten Pkw angewiesen. Wenn wir die verfassungsrechtlich angestrebten gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern sichern wollen, dürfen diese Menschen an der Zapfsäule nicht die Verlierer sein. Mehr lesen Sie HIER.

Streit um Bürgergeld: Kein bedingungsloses Grundeinkommen durch die Hintertür!



Weg von Hartz IV, hin zum Bürgergeld: Geht es nach der Berliner Ampel sollen zum 1. Januar 2023 die Grundsicherung erhöht und die Sanktionsmöglichkeiten stark eingeschränkt werden. Mittels Dringlichkeitsantrags haben wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion uns im Plenum des Bayerischen Landtags am vergangenen Donnerstag für einen Stopp des Gesetzentwurfs im Bundesrat eingesetzt. Denn das Bürgergeld ist in mehrerer Hinsicht fatal: Es ist ein verheerendes Signal für die Engagierten und Fleißigen und macht Arbeit, vor allem für Menschen mit niedrigeren Löhnen, unattraktiv. So gefährdet

das Bürgergeld die Finanzierbarkeit des Sozialsystems und motiviert zur Arbeitsverweigerung. Gerade in Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels müsste die Bundesregierung alles dafür tun, Menschen in Lohn und Brot zu bekommen, anstatt sie fürs Daheimbleiben auch noch zu belohnen. Arbeitslosenhilfe muss dabei immer der Aktivierung dienen und darf nicht zum bedingungslosen Grundeinkommen durch die Hintertür verkommen. Eine reine Erhöhung von passiven Leistungen ist unfair gegenüber all jenen, die mit geringem Lohn voll arbeiten und vom Staat keine Leistungen erhalten. Die Politik darf gerade in Krisenzeiten die arbeitende Mittelschicht nicht aus dem Blick verlieren. Denn all die Helden der Arbeit, die morgens aufstehen, zur Arbeit fahren, Haushalt, Kinder, Job und vielleicht sogar das Ehrenamt unter einen Hut bekommen, halten den Laden am Laufen. HIER lesen Sie mehr.

Maßnahmen zur Gewinnung neuer Fachkräfte: Kultusminister Piazolo hat bayerische Schulen sicher und souverän durch schwierige Pandemiezeit geführt und damit Schulstandort Bayern gestärkt

Egal, ob Pflege, IT oder der Bausektor: Die annähernde Vollbeschäftigung in weiten Teilen von Wirtschaft und Arführt beitswelt zu einem Kampf um die besten Köpfe und macht auch vor unseren Kindergärten und Schulen nicht Halt. Das liegt freilich auch daran, dass der gesamtgesellschaftliche Bedarf Nachwuchs- und Führungskräften im pädagogischen Be-



reich deutlich gestiegen ist. Kultusminister Piazolo hat die bayerischen Schulen sicher und souverän durch die schwierige Pandemiezeit geführt und damit den Schulstandort Bayern gestärkt. Und er hat in vielzähligen Gesprächen mit dem für den Stellenplan zuständigen Finanzminister bereits sehr frühzeitig pädagogisch und strukturell sinnvolle Maßnahmen zur Personalgewinnung ergriffen. Darüber hinaus hat das Kultusministerium unter Piazolo auch erheblich zur Sicherung der Attraktivität des Lehrerberufs beigetragen. Beispielhaft sind die Maßnahmen zur Steigerung der Lehrergesundheit, zur Entlastung von Schulleitungen und insbesondere auch die geplante Einführung von A 13 für Grundund Mittelschullehrkräfte zu nennen. Wir FREIE WÄHLER im Landtag stärken den Lehrerberuf konkret, statt ihn immerwährend schlechtzureden. Wir stehen für die Fortschreibung einer neuen Willkommens- und Personalkultur an unseren Schulen. Mehr Informationen dazu finden Sie HIER.

Länder und Kommunen von neuer Flüchtlingskrise überfordert: Hold mahnt angemessene Unterstützung der Bundesregierung an



Foto: Pexels.

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag fordern den Bund in der aktuellen Flüchtlingskrise zu deutlich stärkerem Engagement auf. Kommunen und Länder müssen bei der Aufnahme von Migrantinnen und Migranten mehr Unter-

stützung erfahren. Nur durch eine faire Verteilung schutzbedürftiger Menschen kann der Gedanke des Föderalismus in Deutschland langfristig bewahrt werden. Angesichts der weiter steigenden Zahlen Geflüchteter haben Bayerns Städte und Gemeinden in den vergangenen Wochen eindringlich vor einer Überforderung gewarnt. Sie haben sich in einem einhelligen Appell an den Bund gewandt, mehr Verantwortung zu übernehmen und zusätzliche Kapazitäten für die ankommenden Menschen zu schaffen. Über Kostenaufteilung und finanzielle Zusagen herrscht jedoch auch nach dem am 11. Oktober erfolgten Flüchtlingsgipfel zwischen Bundesinnenministerium und Vertretern von Ländern und Kommunen völlige Unklarheit. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen zur Zusage, insbesondere von den Taliban bedrohte ehemalige afghanische Ortskräfte in Deutschland aufzunehmen. Mit dem nunmehr seitens der Bundesregierung ins Leben gerufenen Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghanen könnte das Fass jedoch zum Überlaufen kommen. Deshalb muss Schluss sein mit mangelnder Einbeziehung der Länder und einsamen Alleingängen der Bundesregierung – das verschärft die gegenwärtige Krisensituation in verantwortungsloser Weise. Die Bundesregierung muss sich endlich an die Seite unserer Kommunen und Landkreise stellen, und zusammen mit den Bundesländern im Sinne eines starken Föderalismus tragfähige gesamtstaatliche Lösungen erarbeiten. HIER lesen Sie mehr.

<u>Kurznews</u>

"Klimacamp"-Proteste wegen Lohwald-Teilrodung: Mehring verurteilt Besetzung der schwäbischen Bezirksregierung



Wer seine
politischen
Ziele
über die Spielregeln unseres
Rechtsstaates
stellt, ist kein
Aktivist, sondern
schlicht kriminell.

Dr. Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Wer seine politischen Ziele über die Spielregeln unseres Rechtsstaates stellt, ist kein Aktivist, sondern schlicht kriminell. Mit der heutigen Besetzung unserer schwäbischen Bezirksregierung hat sich das Augsburger Klimacamp für unseren Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring selbst disqualifiziert und seinem ehernen Anlie-

gen einen echten Bärendienst erwiesen. HIER lesen Sie mehr.

Zusatzangebote im Bereich der Verkehrsplanung: Kommunen bei der Mobilitätswende gezielt unterstützen

Aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels werden im Bereich der Mobilitätswende händeringend Verkehrsplaner gesucht. Daher wollen wir FREIE WÄHLER im Landtag prüfen, inwiefern **Zusatzangebote im Fachgebiet** "Verkehrsplanung" bei der Ausbildung von Beamten dazu beitragen können, Kommunen im Hinblick auf die bevorstehende Verkehrswende besser zu unterstützen. Dabei soll auch kontrolliert werden, ob wertvolles Wissen durch den Einsatz bestimmter Sonderformate noch anschaulicher vermittelt werden kann. HIER mehr.



Erhöhung der Wegstreckenentschädigung im öffentlichen Dienst: Starkes Signal gerade für Beschäftigte im ländlichen Raum



Dienstreisen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern mit dem privaten Pkw werden künftig mit 40 Cent pro Kilometer ausgeglichen. Das haben wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in Verhandlungen mit dem Bayerischen Finanzministerium erfolgreich durchgesetzt. Auf diese Weise senden wir ein starkes Signal insbesondere an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im ländlichen Raum. Diese sind meist auf den privaten Pkw angewiesen, um Geschäftsorte rechtzeitig erreichen zu können und dürfen dafür wegen hoher Sprit-

preise nicht auch noch benachteiligt werden. HIER lesen Sie mehr.

Kommunaler Finanzausgleich 2023 auf Rekordniveau: FREIE WÄHLER-Fraktion begrüßt solide Finanzierungsgrundlage für Kommunen

Mit einem Plus von 765 Millionen Euro, 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr, hält sich der Finanzausgleich mit insgesamt mehr als 11,3 Milliarden Euro auch im kommenden Jahr auf dem Rekordniveau der vergangenen Jahre. Vorbehaltlich der Zustimmung



durch den Bayerischen Landtag beträgt dabei der Haushaltsansatz für die Schlüsselzuweisungen nächstes Jahr **4,3 Milliarden Euro** und steigt damit um **rund 267 Millionen Euro** gegenüber 2022.

Unsere Social-Media-Beiträge

– danke fürs Teilen!

Der Wochendurchblick: Warum wir uns für Schulen in freier Trägerschaft einsetzen



Wir FREIE WÄHLER im Landtag setzen uns jeden Tag für ein vielfältiges und differenziertes

Bildungssystem in Bayern ein. Auch Ersatzschulen gehören dazu. Warum ihnen

eine wachsende Bedeutung zukommt und es sogar eine staatliche Verpflichtung zur Unterstützung von Privatschulen gibt, erläutert Euch Fraktionschef Florian Streibl <u>HIER</u> im Video.

#Frag'Fabian zur Aktion des Augsburger Klimacamps gegen die Lechstahlwerke



Am vergangenen Donnerstag haben Klimaaktivisten die schwäbische Bezirksregierung besetzt, weil sie eine absolut demokratisch und auf breitem Konsens beruhende Entscheidung rund um die

Lechstahlwerke im schwäbischen Meitingen nicht akzeptieren wollen. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Fabian Mehring hat von solchen Leuten genug. <u>HIER</u> im Video erläutert er Euch, warum.

Folgen Sie uns mit einem Klick auf die Grafiken:



Wenn ihr möchten, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:

Anna Stolz (@anna.stolz.mdl)

Wenn ihr möchten, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook-Account:



Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner <u>Homepage</u>

Wir wünschen Euch ein entspanntes Wochenende! Bitte bleiben Sie gesund!

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz Alte Bahnhofstraße 4 97753 Karlstadt

E-Mail: <u>buero@mdl-annastolz.de</u> Homepage: <u>www.mdl-annastolz.de</u>